



21.4184 Motion

Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erarbeiten

Eingereicht von:

Minder Thomas

Faktion der Schweizerischen Volkspartei
parteilos



Einreichungsdatum: 30.09.2021

Eingereicht im: Ständerat

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine mittel- und längerfristige Strategie für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union zu erarbeiten.

Begründung

"Das langjährige europapolitische Ziel der Schweiz ist eine möglichst weitgehende Beteiligung am EU-Binnenmarkt verbunden mit Kooperationen in ausgewählten Interessensbereichen unter Bewahrung grösstmöglicher politischer Eigenständigkeit. Für diese Zielsetzung hat sich der bilaterale Weg als massgeschneideter europapolitischer Ansatz bewährt." Mit diesen Worten hat der Bundesrat seine europapolitische Zielsetzung im Bericht vom 26. Mai 2021 betreffend die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen bekräftigt.

Nach dem kürzlichen Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen fehlt derzeit jedoch eine klare, mittel- und langfristige Strategie, wie die Schweiz und insbesondere der Bundesrat diese Zielsetzungen zu erreichen gedenkt. Wie kann ein konstruktiver Dialog mit der EU wiederaufgenommen werden? Soll weiterhin versucht werden, die sektorellen Abkommen im gegenseitigen Interesse aufzudatieren, wie dies beispielsweise mit "Schengen" regelmässig erfolgreich geschieht? Oder ist demgegenüber ein ganzheitlicher Ansatz zu wählen (analog Bilaterale I und II), indem wiederum diverse offene Themenbereiche in die Waagschale geworfen werden, um grösseren Spielraum für Kompromisse zu erhalten? Welche Rolle sollen langfristig die Kohäsionszahlungen spielen? Derzeit sind viele Fragen offen, die eine neue Grundsatzdebatte zur EU-Politik und letztlich eine neue EU-Strategie erfordern.

Die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 äusserst sich ebenfalls nur auf wenigen Seiten zum Verhältnis Schweiz-EU, wobei die dortigen Zielsetzungen seit dem Abbruch der Verhandlungen zu einem Institutionellen Abkommen teilweise überholt sind. Es ist daher derzeit der richtige Moment, um europapolitisch innezuhalten und zuerst eine neue Strategie "Schweiz-EU" zu erarbeiten und diese innenpolitisch zu konsolidieren.

In diesem Prozess sind natürlich auch die Kantone entsprechend miteinzubeziehen. So hat der Leitende Ausschuss der Konferenz der Kantonsregierungen im August entschieden, im Bereich Europapolitik einen Schwerpunkt zu setzen. Ziel sei es, in den nächsten anderthalb Jahren eine neue europapolitische Standortbestimmung zu verabschieden.

Stellungnahme des Bundesrates vom 24.11.2021

In Erfüllung der Postulate 13.3151 Aeschi, 14.4080 Grüne Fraktion, 17.4147 Naef sowie 21.3618 Sozialdemokratische Fraktion, 21.3654 Cottier und 21.3667 Grüne Fraktion erarbeitet der Bundesrat derzeit einen Bericht über die Beziehungen mit der EU. Dieser wird eine Beurteilung der Beziehungen der Schweiz zur EU vornehmen sowie Massnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und der guten Zusammenarbeit mit der EU umfassen. Die in der vorliegenden Motion gestellten Fragen werden im Rahmen



dieser Arbeiten beantwortet.

Antrag des Bundesrates vom 24.11.2021

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Chronologie

08.12.2021 Ständerat
Annahme

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Aussenpolitische Kommission NR (APK-NR)
Aussenpolitische Kommission SR (APK-SR)

Zuständige Behörde

Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Ständerat

Links

Weiterführende Unterlagen

[Amtliches Bulletin](#)

